**Bürger für Bürger**

# BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.

**überparteilich - tolerant**

Fraktion

**BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34**

**Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731**
**fraktion-buergerliste@versanet-online.de**
**www.buergerliste.de**

Leverkusen, den 27.11.2019

An den OB der Stadt Leverkusen, Büro des Rates

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag - auch wegen seiner Dringlichkeit - auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung:

Die Fachverwaltung Wohnraumüberwachung des Dezernates III/Fachbereich Bürgerbüro nimmt mit der örtlichen AGL und dem städt. Gesundheitsamt Kontakt auf und wird beauftragt, ein Prozedere zu erarbeiten/ eine Kontrollgruppe zu bilden, die nach Einsatzbereitschaft dieser Gruppe **z u n ä c h s t** alle Wohnungen/Immobilien – Grün/Keller/Speicher/Müllcontainer/Zuwegungen/ etc. - der GAGFAH nach Mängeln kontrolliert, für die die AGL /der Staat Mietzuschüsse zahlt.

Sollten sich bei den Kontrollen Mängel - speziell in den Wohnungen - nachweisen lassen, werden sofort Verfahren eingeleitet, hier Mietkürzungen vorzunehmen.

Begründung:

Wie in der Sendung des WDR „Könnes kämpft" - geht den Fraktionen und 01 per Post zu, wenn die entsprechenden CDs vorliegen - nochmals eindeutig und markant nachgewiesen, sind viele Wohnungen der GAGFAH in absolut menschenunwürdigem Zustand.
Hiergegen gilt es insbesondere bei den Immobilien vorzugehen – z. B. mit Mietminderungen -, die von der AGL finanziert werden.
Sowohl AGL-Vertreter - u. a. der Leiter der AGL-Köln – als auch der für den Wohnungsbau zuständige Minister Groschek der Landesregierung NRW sind der Meinung, dass dies durchaus schon jetzt erfolgreich möglich ist.
Denn der Vermieter GAGFAH erbringt nicht die Leistung, die er vertraglich mit der AGL vereinbarte.
Mietminderungen sind daher rechtlich eindeutig möglich und zudem kein stumpfes Schwert, da die AGL allein an die GAGFAH rund 1,1 Millionen Euro an Miete überweist, bei steigender Tendenz.

Darüber hinaus legt Minister Groschek, wie sein Ministerium bestätigte, in den nächsten Monaten ein WOHNUNGSAUFSICHTGESETZ vor, das weitere Sanktionen ermöglichen wird.

Deshalb gilt es im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger, schon jetzt im gegebenen rechtlichen Rahmen aktiv zu werden, und durch diese Kontrollen zudem weitere Aktionen vorzubereiten.

Barbara Trampenau Sonja Schmitz

i. A. ( Erhard T. Schoofs )